

Zeitschrift: Plan : Zeitschrift für Planen, Energie, Kommunalwesen und Umwelttechnik = revue suisse d'urbanisme
Herausgeber: Schweizerische Vereinigung für Landesplanung
Band: 29 (1972)
Heft: 4

Artikel: Ich erfülle keine Alibifunktion
Autor: Rotach, Martin
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-782460>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

gung, die Enteignung, die Planungs-
zonen und die Mehrwertabschöpfung. Die
vier erstgenannten und vielerorts be-
reits gehandhabten Instrumente sind
als Ermächtigungen zuhanden der kan-
tonalen Behörden formuliert.

Weiterentwicklung des Planungsrechtes nicht abgeschlossen

Interessant sind auch die in der Bot-
schaft zum Gesetzesentwurf enthalte-
nen Bemerkungen zum Planungsrecht.
So wird beispielsweise ausdrücklich
betont, dass «mit dem Erlass eines
Bundesgesetzes über die Raumplanung
die Weiterentwicklung des Planungs-
rechtes nicht als abgeschlossen be-
trachtet werden darf. Im besondern
werden die Kantone ihr Planungsrecht
den bundesrechtlichen Anforderungen
anpassen müssen». Es wird auch der
Wunsch geäußert, dass dem Planungs-
recht im Bereich der Rechtswissen-
schaft vermehrte Aufmerksamkeit ge-
schenkt werden sollte.

Die Schweizerische Vereinigung für
Landesplanung ist der Ansicht, dass
der vorliegende Entwurf eine zweck-
mässige Grundlage für die Raumpla-
nung der Zukunft bildet, sofern er von
der Landesregierung und von den eid-
genössischen Räten ohne wesentliche
Änderungen verabschiedet und bald
in Kraft gesetzt wird.

**Gespräch mit dem Delegierten für
Raumplanung, Professor Martin Rotach**

Ich erfülle keine Alibifunktion



*Martin Christoph Rotach, geboren
15. September 1928, Bürger von Heris-
au AR, verheiratet, zwei Kinder. Schule
bis Matur in Zürich, Diplom als Bau-
ingenieur ETH 1952. Assistent Lehrstuhl
für Strassen- und Eisenbahnbau. Nach-
diplomstudium Yale (USA) als Ver-
kehrsingenieur 1954/55. Mitarbeiter am
Institut für Strassenbau an der ETH.
Kantonsingenieur Thurgau ab 1962.
Lehrstuhl für Verkehrsingenieurwesen
ETH in Zürich ab Sommersemester
1964, Direktor des ORL-Institutes 1964
bis 1971.*

u.sch. Im Zusammenhang mit der Abga-
be der Botschaft des Bundesrates zum
Bundesgesetz über die Raumplanung
an die Bundesversammlung schien es
uns sinnvoll, mit dem neuernannten De-
legierten des Bundesrates für Raumpla-
nung, Professor Martin Rotach, über die
aktuellen und zukünftigen Aufgaben
dieses Delegierten sowie allgemeine
Probleme der Raumplanung zu disku-
tieren.

Der Bundesbeschluss über dringliche
Massnahmen auf dem Gebiete der
Raumplanung sieht in Artikel 5 die Be-
rufung eines Delegierten des Bundesra-
tes für die Raumplanung vor. Die zu
diesem Gesetz gehörende Vollzie-
hungsverordnung umschreibt die Ein-
gliederung und Aufgaben des Delegier-
ten in den Artikeln 8 und 9 wie folgt:
«Der Delegierte wird dem Justiz- und
Polizeidepartement eingegliedert und
dem Departementschef direkt unter-
stellt.

Zur Erfüllung seiner Aufgaben werden

ihm die nötigen Mitarbeiter, Hilfskräfte
und Mittel zur Verfügung gestellt. Er
kann mit allen Dienststellen des Bun-
des und der Kantone direkt in Verbin-
dung treten.

Der Delegierte hat die Kantone in der
Erfüllung ihrer Pflichten von Anfang an
nach Kräften zu unterstützen.

Er wacht über die Einhaltung des Bun-
desbeschlusses, beantragt nötige Auf-
sichtsmassnahmen und führt diese
durch.

Der Delegierte koordiniert die Planun-
gen des Bundes und der Kantone mit
jenen des benachbarten Auslandes, die
Planungen des Bundes miteinander,
und mit jenen der Kantone, wie auch
die Planungen der Kantone mitinan-
der.

Er trifft die nötigen Vorbereitungen für
die Ueberführung der Sofortmassnah-
men in die durch Bundesgesetz ange-
strebte allgemeine Raumordnung.

Die Tätigkeit des Delegierten wird im
einzelnen durch ein Reglement des
Bundesrates festgelegt.»

Raumplanung kein Wundermittel

Im Zusammenhang mit dem Umwelt-
schutz, mit der Zersiedelung der Land-
schaft usw. ertönte und ertönt immer
lauter der Ruf nach dem «Wundermit-
tel» Raumplanung. Man hat nun zwar
einen Delegierten für Raumplanung be-
rufen, wie weit erfüllt dieser aber nur
eine Alibifunktion, wie weit ist er nur
ein Mann, von dem viel erwartet wird,
dem niemand die dringend benötigten
Kompetenzen abtritt? Martin Rotach ist
weder grenzenloser Optimist noch hoff-
nungsloser Pessimist: «Ich glaube
nicht, dass die Raumplanung als 'Wun-
dermittel' angesprochen werden kann.
Von den Behörden und von mir aus ge-
sehen erfüllt der Delegierte für Raum-
planung keineswegs eine Alibifunk-
tion.»

Delegierter: lediglich Zwischenlösung

Rotach bezeichnet die Institution des
Delegierten für Raumplanung lediglich
als Uebergangslösung mit «Einfäde-
lungsfunktionen». In der Tat sieht ja
der Gesetzesentwurf über die Raumpla-
nung in Artikel 65 die Schaffung eines
Amtes für Raumplanung vor. Mit den
«Einfädelfunktionen» sind die ver-
schiedensten Weichenstellungen ge-
meint, die im Hinblick auf die Inkrafttre-
tung des Raumplanungsgesetzes getä-

Die Gemeindeversammlung von Same-
dan hat das Rosegtal, das von Pontre-
sina gegen den Piz Corvatsch führt,
zur alpinen Ruhezone erklärt. Nach
diesem Beschluss ist der Bau von Luft-
seilbahnen, Skilifts und anderen me-
chanischen Beförderungsanlagen ver-
boten; auch der motorisierte Verkehr
wurde aus dem Tal verbannt

(Flugaufnahme: Comet)

tigt werden müssen. «Wenn das Gesetz über die Raumplanung auch noch nicht in Kraft ist, so dient es doch schon heute als Kompass», meinte Rotach unter anderem bei der Beantwortung der Frage nach den bestehenden Rechtsinstitutionen, auf die die Raumplanung in der Schweiz bauen könne. Ganz allgemein unterschied Rotach drei Arten von Instrumentarien, auf die die Raumplanung in der Schweiz zurückgreifen könne: rechtliche, organisatorische und materielle. Die rechtlichen Hauptstützen stellen der dringliche Bundesbeschluss, das Wohnbauförderungsgesetz und, wie erwähnt, der Gesetzesentwurf zur Raumplanung dar, auch wenn dem Entwurf noch keine Gesetzeskraft zukommt.

Bei den organisatorischen Instrumentarien nannte der Delegierte das für die Raumplanung verantwortliche Justiz- und Polizeidepartement mit einem Stab von kompetenten Juristen, dann den Stab, der von Rotach in der Funktion als Delegierter für Raumplanung aufgebaut wird. Er wies aber auch auf die für raumplanerische Belange wichtige, vor kurzer Zeit vom Bundesrat ins Leben gerufene Chefbeamtenkonferenz hin. Erwähnt wurde schliesslich auch die im Bundesbeschluss über dringliche Massnahmen auf dem Gebiete der Raumplanung vorgesehene «Beratende Kommission», die am vergangenen 29. März vom Bundesrat bestimmt wurde und deren Vorsitzender Dr. K. Kim ist, der als Präsident der wichtigen Arbeitsgruppe des Bundes für die Raumplanung amtierte. Diese Arbeitsgruppe wurde ersetzt durch die beratende Kommission, die wiederum im Gesetz über die Raumplanung im Rat für Raumplanung (Artikel 66) aufgehen wird.

Raumplanung und ORL-Institut

Als materielle (geistige) Instrumentarien, die dem Delegierten zur Verfügung stehen, nannte Rotach das Orts-, Regional- und Landesplanungsinstitut der ETH Zürich, weitere Hochschulinstitute, die kantonalen Planungsstellen, Verbände, private Büros und Organisationen.

Bei dieser Gelegenheit unterhielten wir uns mit Martin Rotach etwas eingehender über das ORL-Institut der ETH in Zürich. Das Institut habe in erster Linie die Aufgabe, Ausbildung zu betreiben. Auf der andern Seite werde auch Grundlagenforschung betrieben. Das ORL-Institut kann aber auch spezielle Forschungsprobleme zur Bearbeitung übernehmen, etwa wie die Leitbildstudien, die vor wenigen Monaten vorläufig abgeschlossen wurden. Rotach bezeichnete diese Arbeiten als «einmalige Chance», habe man doch während sechs Jahren in völliger Freiheit, ohne irgendwelche Randbedingungen an diesen Leitbildern arbeiten können. Zurzeit arbeite man an der Abfassung einer populären französischsprachigen Ausgabe des Schlussberichtes. In der Anschlussplanung, die ebenfalls am ORL-Institut durchgeführt wird, werden nun die Zahlen der eidgenössischen Volkszählung 1970 in die Untersuchungsergebnisse eingebaut.

Natürlich werden auch weitere wissenschaftliche Studien auf dem Gebiete der Raumplanung benötigt. Es sei keineswegs so, dass für solche Studien nur das ORL-Institut beigezogen werde, vielmehr sollen verschiedene Stellen hierfür engagiert werden. Aktuell sei auch der Gedanke, an der EPUL ein ähnliches Institut wie das ORL zu errichten. Diese Informationen sind kei-

neswegs unwichtig, ist doch gerade auf dem zum Teil noch «jungfräulichen» Gebiet der Raumplanung eine gewisse «Konkurrenz» auch auf wissenschaftlichem Gebiet unserer Ansicht nach nötig.

Traditionelle politische Grenzen und Planungsräume

In einem weiteren Schritt des Gesprächs mit dem Delegierten wandten wir uns allgemeinen Problemen der Raumplanung zu. Es liegt auf der Hand, dass auch das Thema «Planungsräume und traditionelle politische Einheiten» aufgegriffen wurde. Grundsätzlich stellte Rotach fest, dass die Kompetenzen Bund—Kanton—Gemeinden festgelegt seien. Auf keiner Stufe stimmen die politischen Grenzen mit den Grenzen der Planungsregion überein (überkantonale Regionalplanungen, Arbeitsmarktregion des ORL-Institutes, internationale Regio Basiliensis usw. «Die allgemein gültige Planungsregion gibt es nicht», stellte Rotach fest, und ergänzte, dass diese Frage zurzeit von Kommissionen abgeklärt werde. Auf die Frage, wie sinnvoll die Gemeinden beispielsweise in einer Zeit der Regionalplanung noch seien, meinte der Delegierte: «Der Vorteil der Gemeinde ist der, dass es sie gibt.» Eine Antwort, die sich auch auf die Kantone übertragen liesse. Mit dieser Antwort widersetzte sich Rotach in keiner Weise einer Überprüfung der heutigen Raumeinteilung.

Auch für Rotach ist die Frage der Öffentlichkeit der Planung in der Demokratie von grundsätzlicher Bedeutung. Die Diskussion zeigte, dass gerade auf diesem Gebiet noch bedeutende Abklärungen von Wissenschaftlern verschiedenster Provenienz, von Planungsfachleuten und Politikern notwendig sind.

